

## **Antrag**

**der Abgeordneten Christiane Schneider, Cansu Özdemir,  
Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch,  
Inge Hannemann, Stephan Jersch, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz  
(DIE LINKE)**

**Betr.: 1 Million Euro für ein humanitäres Soforthilfeprogramm zur Entlastung  
der Situation der Geflüchteten, Ehrenamtlichen und Einrichtungen am  
Hauptbahnhof!**

Mittlerweile kommen jeden Tag bis zu 1.000 Geflüchtete am Hauptbahnhof an. Etwa die Hälfte von ihnen will weiterreisen. Für sie ist Hamburg nur Zwischenstation nach Norden, überwiegend nach Schweden, deshalb lassen sie sich bewusst nicht registrieren.

Seit Monaten kümmern sich Hunderte ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände aufopferungsvoll um die Durchreisenden, um ihre Versorgung mit Nahrung und Getränken, mit Kleidung und Übernachtungsplätzen, um eine erste medizinische Grundversorgung und Kinderbetreuung. Viele Ehrenamtliche arbeiten bis zum Limit und darüber hinaus, viele der helfenden Einrichtungen sind finanziell und personell überlastet. Auch wenn es immer wieder gelingt, neue ehrenamtliche Hilfe zu mobilisieren, ist die Situation höchst prekär. Sie spitzt sich durch Schließungen der dänischen und schwedischen Grenzen und durch die Unterbrechung des Zugverkehrs nach Norden enorm zu, weil viele Geflüchtete in Hamburg ungewollt hängenbleiben, und sie droht sich durch den Anbruch der feuchten und kalten Herbst- und Wintermonate zu verschärfen.

Die Stadt versagt bislang jede Unterstützung. Sie weist die Verantwortung für die Geflüchteten am Hauptbahnhof der DB zu und rechtfertigt damit ihre Untätigkeit. Der Senat darf sich dem Gebot humanitärer Hilfe nicht länger verweigern.

Dass es auch anders geht, zeigen Städte wie Rostock und Kiel, die die freiwilligen Helferinnen und Helfer unterstützen. Die Stadt Rostock beherbergt nicht nur rund 1.500 Transitflüchtlinge in Notunterkünften, sondern beteiligt sich zum Beispiel auch an ihrer Verpflegung und stellt nötigenfalls Tickets für die Weiterreise zur Verfügung. Kiel hat zum Beispiel ein leer stehendes Kaufhaus in Hafennähe als Übernachtungsmöglichkeit für Transitflüchtlinge in Beschlag genommen.

### **Die Bürgerschaft beschließt:**

- I. Die Bürgerschaft erkennt an und begrüßt das überwältigende Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer am Hauptbahnhof.
- II. **Der Senat wird aufgefordert,**
  1. das in Hauptbahnhofnähe gelegene, seit Langem leer stehende ehemalige Hotelgebäude Steintorweg 11 sofort zu übernehmen – gegebenenfalls durch Beschlagnahme –, um hier eine sichere Unterkunft für geflüchtete Frauen und Kinder zu schaffen;

2. Übernachtungsmöglichkeiten in ausreichender Zahl sicherzustellen und dazu weitere, von Stadtteilgruppen benannte Leerstände von Büro- und Wohngebäuden schnellstmöglich zu überprüfen und zum Zweck der Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen zu übernehmen oder gegebenenfalls auch zu beschlagnahmen;
3. die humanitäre Hilfe für die Geflüchteten – insbesondere die medizinische Versorgung, die Verpflegung und die Beratung (Dolmetscher/-innen) – von städtischer Seite abzusichern;
4. die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer stärker und nachhaltiger zu unterstützen (Versorgung, Versicherung, Fahrkarten, Anerkennung, Deutschkurse et cetera);
5. die sofortige Aufstellung und Betreuung von Toiletten-Containern beziehungsweise mobilen Toiletten in ausreichender Zahl auf dem Hachmannplatz, auf dem Hansaplatz und den besonders belasteten Spielplätzen Danziger Straße und St. Georgs Kirchhof zu organisieren und zu finanzieren;
6. da Übernachtungsmöglichkeiten für die Geflüchteten – allzumal im Winter – existenziell sind, die kostenfreie Anfahrt dorthin und eine ausreichende personelle Begleitung sicherzustellen, nötigenfalls mit bezahlten Kräften, wenn die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer nicht reichen;
7. die Einrichtungen, die Geflüchteten Übernachtungsplätze in ihren Gebäuden bieten – wie zum Beispiel islamische Gemeinden, insbesondere die Al-Nour Moschee, die seit Monaten mittlerweile bis zu 500 Geflüchteten Schlafplatz und Essen bietet, der Caritas-Verband, das Schauspielhaus, Kirchengemeinden, Pfadfinder, private Wohnprojekte –, finanziell in auskömmlicher Höhe zu entlasten;
8. die Bemühungen zur Übernahme und Umnutzung der leer stehenden Flächen im Bieberhaus zu beschleunigen und die Mittel zur Herrichtung der Räumlichkeiten für die Zwecke der Geflüchteten und Helferinnen und Helfer zur Verfügung zu stellen. Dabei bleibt zu prüfen, die betreffenden Flächen auch als Notübernachtungsstätte zu nutzen;
9. zur Finanzierung der humanitären Hilfe am Hauptbahnhof sofort 1 Million Euro bereitzustellen. Dieser Aufgabenbereich der humanitären Hilfe wird aus den mit der Drs. 21/1395 für Aufgabenbereiche mit Mehrbedarfen bereitgestellten Haushaltsmitteln finanziert. Die Verwendung der sofort bereitzustellenden Mittel wird zum Jahresende überprüft, die weiteren Bedarfe in Gesprächen mit den Einrichtungen der freiwilligen Hilfe festgestellt.